

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verlag: Berliner Tageblatt-Verlag in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Müller in Berlin.

Die Vergewaltigung des Saargebiets.

Keine Annexion, aber Aneignung.

Das Saargebiet außer halb des deutschen Machtbereichs. — Neutrale Zone links und rechts des Rheins.

Paris, 14. April. (M. T. B.)

Der von der Agence Havas veröffentlichte Bericht über die diplomatische Lage wiederholt und ergänzt die Angabe über die Regelung der Saarfrage dahin, daß Frankreich das dauernde Eigentum an den Kohlenbergwerken haben wird, und daß die französischen Gelehrte dort anerkannt werden. Frankreich soll die Polizeirechte ausüben, die Staatshoheit aber dem Völkerbunde zugeteilt werden. Die Verwaltung des Saargebiets werden alle ihre politischen Rechte an Wahlen zu örtlichen Körperschaften behalten, aber keine Abgeordneten in das deutsche Parlament senden. Dieser Zustand soll fünfzehn Jahre dauern, nach deren Ablauf die Einwohner das Recht haben sollen, über ihre weiteren politischen Verhältnisse durch Volksabstimmung zu entscheiden. Falls sie den Willen äußern, unter der Verwaltung ihres Heimatlandes zu bleiben, wird Deutschland Frankreich die Bewerter abzulassen müssen, welche jetzt deren volles Eigentum als Ersatz aller von dem Feinde im nordfranzösischen Kohlengebiet angerichteten Schäden erhält. Der durch Sachverständige festgestellte Preis soll in Gold oder gleichwertigen Werten erlegt werden.

Diese durchaus neuartige Regelung hat ihren Ursprung in der Anwendung der Grundzüge des Völkerbundes und entspricht einerseits den Grundzügen der Allierierten, insbesondere dem Selbstbestimmungsrecht der Völker: Man kann hier nämlich deutlich nicht von einem Grundgesetz der Annexion reden, da die Bewohner des Saargebiets ja die volle Freiheit haben werden, ihre Staatsangehörigkeit zu wählen. Andererseits werden die materiellen Interessen Frankreichs auf diese Weise voll gesichert.

Dem dem gestern bereits genannten Zahlungsbetrag von 125 Milliarden Francs werden 55 Prozent Frankreich zufließen, alles in Gold, die übrigen 67 Prozent in markfähigen Werten in Jahreszahlungen geliefert, deren Mindestbetrag im Verteilung festgelegt werden wird. Zufließen wird die Entschädigungen und Wiedergutmachungen nach den Ansprüchen erlassen, wenn es ist unmöglich, angezogen der Preisveränderungen für Rohstoffe und Arbeitsleistung jetzt schon einen Kaufvertrag anzugehen. Schließlich werden die Restitionen der französischen Militärpersonen, welche jährlich vier Milliarden Francs erreichen, Deutschland zur Last fallen.

Die Frankreich gegen einen neuen Angriff Deutschlands gewährten Sicherheiten, waren von neuem Gegenstand von Erörterungen des Rates der Vier, der eine rasche Erledigung der Angelegenheit wünscht und daher Sonntag nachmittags lange getagt hat. Der französische Standpunkt in dieser Hinsicht ist sehr einfach. In militärischer Hinsicht wird das linke Rheintal neutralisiert werden und Deutschland wird nicht das Recht haben, dort Truppen und Festungswerke zu unterhalten; mit einem Wort, kein Mittel zu einem französischen Vorgehen. In politischer Hinsicht bleibt die Souveränität Deutschlands unangefastet. Diese Art einer militärischen Neutralität ist sichtlich nicht begrenzt. Die tatsächliche Befehung der Rheinlinie wird, wie es scheint, ausschließlich durch französische Truppen gesichert werden, welche die Brückenköpfe und die Eisenbahnknotenpunkte besetzt halten werden, schließlich ist auf dem rechten Rheintal die Rhina eines neuen, militärisch neutralen Abschnitts in einer Breite von 50 Kilometer zu erwarten. Diese letzte Maßnahme ebenso wie die Befehung der Rheinlinie ist nur schrittweise und wird nur 15 Jahre dauern. Sie wird in Kraft bleiben während der Ausführung der von den Deutschen aufgestellten finanziellen Verpflichtungen. Infolge der Truppen werden stufenweise, entsprechend den geleisteten Zahlungen, zurückgezogen werden.

Gegenaktionen

Der Münchener Spartacisten.

Befehung des Hauptbahnhofes durch die Rote Garde.

(Telegramm unserer Korrespondenten.)

A. Bamberg, 14. April.

Die beschlossene Aufhebung der radikalen Elemente Münchens gegen die Wiederherstellung der alten Ordnung hat in dieser Nacht eingeleitet. Spartacistische Teile der Münchener Garnison greifen den Hauptbahnhof an, der von ihren regierungstreuen Kameraden zunächst noch gehalten wurde. Als die Spartacisten aber schwere Minenwerfer in Stellung brachten und den Bahnhof mit Mienen belegten, zog sich die Wachposten-Staffel zurück. Der Hauptbahnhof ist gegenwärtig von den roten Garde besetzt, die aus der Masse der Gewerkschaften und der radikalen Arbeiterchaft starken Zuspruch erhalten.

Die Telegraphen-Kompagnie meldet noch aus München: Nach den letzten eingetroffenen Nachrichten ist die kommunistische Herrschaft in München keineswegs niedergeboren. In den Straßen der bayerischen Hauptstadt toben heftige Kämpfe zwischen den regierungstreuen Truppen und den

Der Vertrag wird noch die Möglichkeit geben, die Einschränkung der deutschen Rüstungen und die Begrenzung des Kriegsmaterials zu kontrollieren. Alles dieses wird nicht nur durch die Liga der Nationen, sondern durch die Bündnisse zwischen den großen Mächten sichergestellt werden. Mit einem noch Verzögerungen eintreten werden. Die Weltgrenze Deutschland, die die Einfuhr der Drogengüter ist geregelt, einschließlich der Drogensfrage, für welche die Entscheidung im Prinzip schon festgelegt ist. Die Frage der Entschädigungen ist in ihren Grundzügen schon gelöst. Die reaktionelle Forderung streift fort. In jeder Hinsicht hofft man, im Verlauf dieser Woche mit den Fragen, die Deutschland angehen, abzuschließen.

Spannung zwischen Regierung und Parlament in Paris.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 14. April.

Zwischen dem französischen Parlament und der Regierung gibt es seit einigen Tagen Reibungen, die plötzlich einen etwas akuten Charakter angenommen haben. Einige hundert Senatoren hatten diese Tage außerhalb der Sitzungen einen Beschlus gefaßt, durch den die Regierung aufgefordert wurde, dem Parlament Aufklärung über die Arbeiten der Kommission Clemenceau zu geben. Die Abgeordneten des Palais Bourbon unternehmen halb einen ähnlichen Schritt. Doch war es hier die Budgetkommission, die sich ganz offiziell an Clemenceau wandte. Auf diesen Schritt hat nun Clemenceau durch ein Schreiben geantwortet, das großes Aufsehen erregte. Der Ministerpräsident beruft sich auf seine konstitutionellen Rechte und sagt, daß er nicht über die Arbeiten der Kommission mitteilen darf, bis er nicht weiß, was die Kommission mit dem Ministerium nicht gutheißt, falls sie das Kabinett in Frage stellen und fürzen. Der Senat dieses Briefes, der offenbar im Sonn geäußert ist, hat einen sehr heftigen Eindruck gemacht. Die Wandelgänge waren erregt, und der „Matin“ spricht von einem ersten Zwischenfall. Doch wird es bei der Regierung bleiben. Am Freitag wird die Budgetkommission in die nächste Sitzung der Abgeordneten zu berufen. Die Gegner Clemenceaus, an deren Spitze Briand steht, ziehen das Schwert aus, und das um so lieber, als es ein offenes Geheimnis ist, daß Clemenceau noch Wünsche des Friedens freiwillig gehen will. Die Budgetkommission hat beschlossen, von weiteren Schritten Abstand zu nehmen und den Brief Clemenceaus der Presse nicht mitzuteilen. Clemenceau empfing übrigens gestern den Vorstand der radikalen Partei, dem er vermutlich einige Aufschlüsse gegeben hat. Das Schlimmste, was ihm passieren kann, ist die Konstituierung der Kammer als gemeinsame Kommission, was der sozialistische Abgeordnete Lebich vorschlägt. Die Regierung wird vermutlich doch schnell veränderen, weil die Radikalen aus der Konferenz jetzt für die französischen Ehren wieder besser kämpfen.

Die Abreise der deutschen Friedensdelegation nach Versailles.

Friedensdelegation nach Versailles.

Nach Pariser Pressenachrichten, die als zutreffend gelten können, werden die Friedensverhandlungen mit der deutschen Delegation noch vor Ablauf dieses Monats in Versailles beginnen. Bei Lage der Dinge kann demnach damit gerechnet werden, daß die deutsche Delegation gegen Ende der nächsten Woche von Berlin abreist.

Graf Roddorff-Panhou ist Sonntagabend aus Weimar hier eingetroffen, um persönlich die Leitung der abziehenden Vorarbeiten für die Friedensverhandlungen zu übernehmen.

Roten Garde. Der Hauptbahnhof, die Post, das Haupttelegraphenamtl sowie verschiedene andere öffentliche Gebäude befinden sich in den Händen der Kommunisten. Ministerpräsident Hoffmann hat einen Aufruf an das bayerische Volk gerichtet, in dem er die Bevölkerung auffordert, zum Schutze der rechtmäßigen Regierung die Waffen zu ergreifen. Die Lage wird als sehr gefährlich angesehen.

München, 14. April. (M. T. B.)

Die Münchener Garnison hat gestern in den ersten Morgenstunden eine Proklamation in München angeschlossen, in der es heißt: „Die gesamte Garnison Münchens in Verbindung mit den um das Wohl und Wehe des Proletariats besorgten Volksgenossen hat heute nach der Zentralrat für abgelehnt erklärt. Geht werden die R. und S. Parteigänger Stellungnahme zur alten sozialistischen Regierung verdammt. Arbeiter und Soldaten! Erhebt eure landsturmende Wägen, die nur ihre eigennützige Politik verfolgten, haben unter Verpöschung der wildesten Ereignisse des Proletariats ihre selbsthätigen Zwecke verfolgt. Reiter wie Ripp und Wagner hat man euch Gehilf anvertraut. Ripp hatte Gehilf von angrisch, Wagner die heillosen Arbeiter verriet. Heute steht München, abgetrennt vom Land, allein da. Es gilt unsere Rettung. Daher versteht die sozialistische Regierung, die Ruhe schafft, Arbeit und Brot. Lebensmittellage helfen für München bereit. Sicher auch vor der Reaktion, indem ihre sozialistische Regierung unterliegt.“

Die Saargebetsfrage.

J. S. Wenn wir über die Stimmung in den Ententeschritten recht unterrichtet sind, so hält man dort jetzt den schon gefaßten gemeinsamen Beschlus des Vorkrieges wieder für mehr geeignet, weil sich der Biererat über eines der schwierigsten Kapitel, die Saargebetsfrage, geeinigt habe. Es wird insbesondere hervorgehoben, daß Willson, der in letzter Zeit so scharf gegen die französischen annexionistischen Pläne Stellung genommen, der gefundenen „Lösung“ zugestimmt habe. Vom deutschen Standpunkte aus muß um seine Zustimmung zu lassen, von vornherein erklärt werden, daß die gefundene Lösung für uns unannehmbar ist. Verharrt man bei ihr, so dürfte sie, von allen anderen Meinungsverschiedenheiten abgesehen, den deutschen Teilgeurten die Unterdrückung des vorliegenden Friedensvertrages und in d. l. i. d. machen. Was von Lansing gilt, gilt auch recht von dem Saargebiet. Es ist ein ganz und gar deutsches Land und es gibt gar keinen Rechtsmittel, seine Herausgabe von uns zu verlangen.

Dem auf eine nur mäßig berücksichtigte Annexion läuft die Formel, auf die man sich jetzt geeinigt hat, hinaus. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Man hat hier ganz wie in der Frage der Kolonien, dem amerikanischen Präsidium, der auf dem Grundsatze „Keine Annexionen!“ beruht, durch das Kunststück einer vermittelnden Formel eine schließliche Brücke gebaut, und Herr Willson hat sich, ohne halb willig, an der Hand der strom zusammenhaltenden Partner Clemenceau und Lloyd George hinübergeleitet lassen. Aus jedem Wort der Bestimmungen, auf die man sich, aus Achtung vor Willsons Grundsatzen, geeinigt hatte, spricht doch die scharfe Erwähnung als voller nationaler Besitz sowohl im wirtschaftlicher als politischer Hinsicht zu lassen. Es hat sich den Besitz der Saargebietes nicht auf immerwährende Zeit zwischen lassen und die Verwaltung des Landes soll in Jahre lang durch ein fünfjähriges Interim angefaßt werden, das vom Völkerbunde ernannt werden soll. Nimmt jemand an, daß es in Frankreichs Absicht läge, nach Ablauf dieser fünfjährigen Jahre sich mit der wirtschaftlichen Erbschaft auf das westliche Gebiet zuziehen zu geben und es, je nach Ausfall der Volksabstimmung, dann bereitwillig dem Verlierer zurückzugeben? So naiv ist niemand, auch im Kreise der Friedensverfechter nicht, wo man sehr wohl weiß, wie man in diesen Besetzungsmomente schon auf die Bevölkerung eingewirkt und warum man den Saarländer Bürgerweiser davon überzeugt hat. Es ist ja in einer offenkundigen Absicht der Annexionen worden, daß man sich auf die Bevölkerung des Saargebietes nach fünf Jahren einstellen hat, weil man annimmt, daß paar hunderttausend Deutschen, die dort „alloiding“ geworden seien, würden sich bis dahin „französisch“ haben. Fünfzehn Jahre sind ein Zeitraum, in dem man sich noch bei Methoden, die man zur Unterstützung dieses „französischen“ Prozesses bereit hat, sicher einigen Erfolg verschaffen kann. Das Verlangen nach dem Besitz dieses Gebiets, das den Franzosen nur einmal anderthalb Jahrzehnte lang vor hundert Jahren gehört hat, und seit 1815 wie vor 1801 immer noch unverändert deutsches Land gewesen ist, ist wirklich nur sehr unerschrocken und gar nicht einmal halbwegs verständig.

Was hat Deutschland nun dieser Formel entgegenzusetzen? Es kann nur eine offene und ehrliche Politik treiben, indem es die französische Forderung nach der Verdrängung über die Saarfrage, die als Bedingung für die ganze Operation zu dienen hat, rückförmig anerkennt, freilich nicht für immerwährende Zeiten, aber für so lange, als die französische Industrie unter der Verwüstung und Ausschüttung der Bergwerke von Gens um, zu leiden hat. Hier müßten uns also zu einer wirtschaftlichen Annexion, die den Franzosen die Verwendung der Saargebietes für ihre Wägenwerke in Ostpreußen in dem geforderten Maße gegen entsprechende Bestimmung der Anrechnung sichert, bereit erklären. Das gehört zu unseren Verpflichtungen nach dem Grundsatze der „Wiedergutmachung“, die wir angenommen haben. Von Sachleuten wird zwar in pleurischer Weise verkehrt, daß es gar nicht die Saargebietes, sondern die Ruhrkohle ist, die den Franzosen für ihre Zwecke unentbehrlich ist. Die Ruhrkohle sei technisch und ökonomisch viel wertvoller. Aber es wäre doch wohl ausichtslos, wenn wir uns auf solche sachmännliche Einwände verlassen wollten, wenn es gilt, unseren untergeordneten Willen zu jedem Opfer das man geschert werden will uns verlangen kann, zu befrieden. Aber warum es nicht so sollte, diese Ausbeutung unteres Volkes auf immerwährende Zeit den Franzosen zugunehmen, das ist unter keinen Umständen zu verstehen. Es wäre schon dies eine sehr bedauerliche Form der Annexion, die wirtschaftliche Annexion, die den Boden, wenn auch nicht die Menschen, einer fremden Souveränität ausliefern. Von der Anerkennung solcher Grundsatze steht nichts in dem Abkommen, auf das wir die Waffen niederlegten.

Wir haben keine Angst vor der Volksabstimmung nach fünfzehn Jahren, vorausgesetzt, daß sie eine wirklich freie Volksabstimmung sein und ihr Resultat nicht durch eine vorherige künstliche Bevölkerungsbewegung beeinflusst wird. Das französische Volk des Saargebiets ist wirklich ein deutsches, das ganze Land, der Charakter seiner Städte, seine Kunst und Sitten ganz deutsch sind, wie nur irgend ein unterer Deutschener Blick auf den allen Kulturboden Rheindeutschlands. Aber wir haben eben darum gar keine Parallelen.